



## Pressemitteilung

### Agrarministerkonferenz in Potsdam, 3.-5. September 2014

#### NGO-Bündnis fordert Abkehr von Glyphosat & Co

Im Vorfeld der Agrarministerkonferenz, die Anfang September in Potsdam stattfindet, haben 12 Nichtregierungsorganisationen in einem offenen Brief Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt aufgefordert, Menschen, Tiere und Umwelt besser vor dem umstrittenen Pestizidwirkstoff Glyphosat und anderen Pestiziden zu schützen.

„Wir fordern von den Agrarministern verbindliche Vorgaben für die Agrarumweltprogramme. Landwirte sollten nur dann durch Agrarumweltmaßnahmen gefördert werden, wenn sie auf den Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden verzichten“, fasst Heike Moldenhauer, Agrarexpertin beim BUND, eine der Kernforderungen der Nichtregierungsorganisationen zusammen. „Eine Förderung durch öffentliche Programme, die dem Umweltschutz dienen sollen, verträgt sich nicht mit dem Einsatz von umweltschädlichen Pestiziden“, bekräftigt Bernhard Walter, Referent für Ernährungssicherheit bei Brot für die Welt.

Im Zentrum der Kritik steht das aktuelle EU-Neuzulassungsverfahren für den Pestizidwirkstoff Glyphosat, dessen Genehmigung Ende 2015 ausläuft. Das für die Risikoprüfung federführende Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) vertritt die Auffassung, dass Glyphosat nicht humantoxisch sei und empfiehlt eine Neuzulassung. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) koordiniert zur Zeit ein Konsultationsverfahren zum über 4000 Seiten umfassenden Bewertungsbericht, der unter Federführung des BVL erstellt wurde.

„Eine Analyse des behördlichen Bewertungsberichts zeigt, dass die Entwarnung vor allem auf Studien von Unternehmen basiert, die selbst Glyphosat produzieren und daher ein hohes Eigeninteresse an positiven Ergebnissen haben. Viele Studien unabhängiger Wissenschaftler,

die auf gravierende Gefahren hinweisen, wurden dagegen bei der Empfehlung durch die zuständigen deutschen Behörden nicht berücksichtigt“, kritisiert Julia Sievers-Langer von der Agrar Koordination.

Die zwölf Organisationen, die sich mit ihrem Brief bereits Ende Juli an Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt gewendet haben, sind sich einig, dass ein Verbot von Glyphosat notwendig ist, um Menschen, Tiere und Umwelt zu schützen.

„Es gibt genug Hinweise auf Gefahren, die im Sinne der Vorsorge ein Glyphosat-Verbot rechtfertigen. Ein Austausch von Glyphosat durch andere, ebenfalls hoch problematische Totalherbizide ist jedoch keine Lösung. Wir brauchen vielmehr eine stärkere politische Förderung des nicht-chemischen Pflanzenschutzes insgesamt“, erläutert Susan Haffmans vom Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN).

Eine Reaktion von Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt auf die Forderungen der Nichtregierungsorganisationen gab es bisher nicht.

## **Kontakt**

Julia Sievers-Langer, Agrar Koordination  
Tel.: 040/392526  
E-Mail: [julia.sievers@agrarkoordination.de](mailto:julia.sievers@agrarkoordination.de)

Bernhard Walter, Brot für die Welt  
Tel.: 030/65211-1821  
E-Mail: [bernhard.walter@brot-fuer-die-welt.de](mailto:bernhard.walter@brot-fuer-die-welt.de)

Heike Moldenhauer, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)  
Tel.: 030/27586-456  
E-Mail: [heike.moldenhauer@bund.net](mailto:heike.moldenhauer@bund.net)

Susan Haffmans, Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)  
Tel.: 040/3991910-25  
E-Mail: [susan.haffmans@pan-germany.org](mailto:susan.haffmans@pan-germany.org)

## **Anhang**

Offener Brief an Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt vom 31.7.2014